

Pressemitteilung

DKG zum DKI-Krankenhaus-Index

Ohne Änderung am KHVVG droht ein Bürokratiewachstum ohne Gleichen – über 5.000 Stellen zusätzlich werden gebraucht

Berlin, 1. Juli 2025 – Die wirtschaftliche Situation der deutschen Krankenhäuser bleibt alarmierend. Das zeigt nach dem Krankenhausrating Report auch die aktuelle Frühjahrsumfrage zum Krankenhaus-Index des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI), an der sich 416 Krankenhäuser bundesweit beteiligt haben. Die Ergebnisse stammen aus der Erhebung von Anfang Juni.

Aufgrund notwendiger Sparmaßnahmen müssen sich Patientinnen und Patienten in den kommenden sechs Monaten vielerorts auf Einschränkungen in der Versorgung einstellen. Jedes zweite Allgemeinkrankenhaus geht davon aus, Personal reduzieren zu müssen. Dies könnte zu Leistungseinschränkungen führen – etwa aufgrund von vorübergehenden Stationsschließungen oder Verschiebung planbarer Operationen. Hauptursache für diese Entwicklung sind nicht refinanzierte Kostensteigerungen der letzten Jahre.

„Die Umfrageergebnisse bestätigen erneut die angespannte wirtschaftliche Lage unserer Kliniken. Fast die Hälfte der Allgemeinkrankenhäuser bewertet ihre Situation als schlecht oder sehr schlecht, nur elf Prozent sprechen von einer guten Lage“, so Dr. Gerald Gaß, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft.

Vor dem Hintergrund dieser pessimistischen Einschätzungen begrüßt die Deutsche Krankenhausgesellschaft ausdrücklich das klare Bekenntnis von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken und der Gesundheitsminister der Länder zu einem Inflationsausgleich für die Krankenhäuser sowie zu einer entschlossenen Weiterentwicklung der Krankenhausreform.

„Die klare Ansage der Ministerin ist ein wichtiges und richtiges Signal an unsere Häuser und an die Beschäftigten in einer sehr angespannten Situation. Das gibt Hoffnung, dass wir mit finanzieller Unterstützung, einer massiven Entbürokratisierung und einer Reform der Reform den Krankenhäusern wieder mehr Luft zum Atmen geben können. Wir hoffen sehr, dass sich dieser

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

Maxi **Schlonka**
Telefon +49 30 39801-1026

SEKRETARIAT/SACHBEARBEITUNG
Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025
Sina **Hoffmann**
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

www.dkgev.de
www.facebook.com/dkgev
www.dkgev.de/rss2.php
www.youtube.com/user/dkgev

Rückenwind in den kommenden Befragungen positiv widerspiegelt und die Krankenhäuser mit Zuversicht in die Zukunft blicken können. Doch dazu müssen die Dinge auch zügig umgesetzt werden“, so Gaß weiter.

Darüber hinaus befürchten viele Krankenhäuser im Zuge der anstehenden Krankenhausreform zusätzliche Bürokratie. Für Dokumentationspflichten, MD-Prüfungen und Vorhaltefinanzierung werden bundesweit rund 5.000 zusätzliche Vollzeitkräfte benötigt – mit Mehrkosten von etwa 435 Millionen Euro jährlich. „Einen solchen Bürokratieaufwuchs muss die Ministerin unbedingt verhindern und deshalb das anstehende Gesetz zu einem konsequenten Bürokratieabbau nutzen. Im Mittelpunkt dabei muss die sofortige Aussetzung der geplanten Vorhaltefinanzierung stehen. Ein in der Sache untaugliches Bürokratiemonstrum ihres Vorgängers“, betont Gaß.

Auch die Zielsetzung künftig eine Million Fälle unter den sogenannten Hybrid-DRGs erbringen zu müssen, stellen die Krankenhäuser vor Herausforderungen: So nehmen über 90 Prozent der Krankenhäuser bereits an der Erbringung von Hybrid-DRGs teil. Aktuell überwiegen jedoch die Sorgen um eine lückenlose Nachsorge der Patientinnen und Patienten, insbesondere wegen fehlender Kapazitäten im ambulanten Bereich.

Nur wenige Häuser planen derzeit, die angekündigte Möglichkeit, sektorenübergreifende Versorgungseinrichtungen (SüV) einzurichten, zu nutzen. Lediglich acht Prozent wollen eine SüV vorhalten, ein Viertel prüft entsprechende Schritte, vor allem in ländlichen Regionen. Aus dieser Zurückhaltung wird deutlich, wie unklar nach wie vor die zukünftige Rahmenbedingungen für diese neuen Versorgungsangebote sind.

Der DKI-Krankenhaus-Index ist als Anlage beigefügt.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.874 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten und rund 23 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (2023). Bei 141 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.